



JO LEINEN

Mitglied des Europäischen Parlaments

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Brüssel, 13. Januar 2016

EP/Marktwirtschaftsstatus China

Saarland besonders betroffen: Marktwirtschaftsstatus für China?

Studie über wirtschaftliche und soziale Auswirkungen gefordert

"Die Europäische Kommission muss eine Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen anfertigen, bevor über den Marktwirtschaftsstatus für China entschieden wird", forderte der Vorsitzende der China-Delegation im Europäischen Parlament **Jo LEINEN** (SPD).

Nach den Kriterien der Europäischen Union sei China keine Marktwirtschaft. Zurzeit sei nur eine von fünf Bedingungen erfüllt, um den Status als Marktwirtschaft zu rechtfertigen. Besonders die vielen staatlichen Interventionen verzerrten das Marktgeschehen.

Insbesondere die Stahlindustrie und die Keramikindustrie wären negativ betroffen, wenn die EU keine Möglichkeit mehr hätte, Anti-Dumping-Maßnahmen anzuordnen. Dies hätte konkrete Auswirkungen im Saarland für Saarstahl und Villeroy und Boch. "Sollte nach den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) die Erteilung des Marktwirtschaftsstatus an China Ende 2016 unumgänglich sein, muss die EU als Ausgleich neue rechtliche Instrumente beschließen, um unfaire Handelsbedingungen zu unterbinden", sagte **Jo LEINEN**.

Die Europäische Kommission berät heute erstmals in ihrer Kollegiumssitzung über die Frage des Marktwirtschaftsstatus für China.

Aktuelles Pressefoto unter: <http://www.joleinen.de/Fotos.77.0.html>